


GENEHMIGUNGSVERMERK

Es wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke innerhalb des Geltungsbereiches mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters nach dem Stande vom 26.1.1987 übereinstimmen.

Ueisingen, den 26. Jan 1987
 Siegel  OVR
 (Lehr)

Aufgestellt gemäß §§ 2, 8 und 9 BauG in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ueisingen am 3. Juni 1985.

Ueisingen, den 06. März 1987
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 gez. Eggebrech


Die Beauftragung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 2a BauG wurde in der Zeit vom 8. Aug 1985 bis 10. Sep 1985 durchgeführt.

Ueisingen, den 06. März 1987
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 gez. Eggebrech


Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ueisingen hat in ihrer Sitzung am 17. März 1986 die Offenlegung des Bebauungsplänenentwurfs gemäß § 2a (6) BauG beschlossen. Der Bebauungsplänenentwurf mit Begründung hat mit Bekanntmachung vom 23. Mai 1986 in der Zeit vom 2. Juni 1986 bis 3. Juli 1986 förmlich ausgelegen.

Ueisingen, den 06. März 1987
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 gez. Eggebrech

Der Bebauungsplänenentwurf wurde gemäß § 10 BauG in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ueisingen am 8. Dez. 1986 als Satzung beschlossen.

Ueisingen, den 06. März 1987
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 gez. Eggebrech

Der genehmigte Bebauungsplan wurde gemäß § 12 BauG und § 5 (4) HGO in Verbindung mit § 1 der Hauptsatzung der Stadt Ueisingen vom bekanntgemacht. Der Plan ist somit rechtsverbindlich.

Ueisingen, den 22. Juli 1987
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 gez. Eggebrech

Genehmigungsvermerk
 Siegel  BÜRGERMEISTER
 Genehmigt mit Vfg vom 11. Juni 1987
 Az V/3-61 d 04/01
 Darmstadt den 11. Juni 1987
 Der Regierungspräsident
 Im Auftrag

Ein Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieses Bebauungsplanes ist gemäß § 135a BauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes gegenüber der Stadt Ueisingen geltend gemacht worden ist.

Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung des Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

PLANNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
 gemäß § 9 (1) Bundesbaugesetz (BBauG)

Im Sondergebiet "Friedhofsgärtnerai" darf innerhalb der festgesetzten Baugrenze ein Gebäude mit einer maximalen Grundfläche von 180 m² errichtet werden, das eine Werkwohnung enthält. Erschließung und Zufahrt muß vom Werksbörner Weg her erfolgen. Die bestehenden Gebäude sind von der Baugrenze nicht berührt. Im übrigen dürfen innerhalb des Sondergebietes nur Bauwerke errichtet werden, die der Nutzung als Friedhofsgärtnerai entsprechen.

Im Sondergebiet "Friedhof" sind innerhalb der festgesetzten Baugrenze eine maximale Bauwerkshöhe von 15 m zulässig.

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
 gemäß § 9 (4) Bundesbaugesetz (BBauG) in Verbindung mit § 118 Hessische Bauordnung (HBO) und Verordnung über die Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan vom 29.01.1977.

Ein Friedhofswall zur Einfriedung ein Maschendrahtzaun errichtet wird, ist dieser innerhalb der festgesetzten Pflanzflächen anzulegen, so daß er durch die Anpflanzungen verdeckt wird. Soweit entlang der Friedhofsbauzugrenze keine Pflanzungen festgesetzt sind, soll die Friedhofseinfriedung durch eine Mauer aus Naturstein oder mit Natursteincharakter bzw. mit einer lebendigen Hecke erfolgen.

LANDSCHAFTSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN

Innerhalb der festgesetzten Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern darf die Pflanzung für eine Parkplatzzufahrt und für Friedhofsweg unterbrochen werden, im Bereich des Parkplatzes jedoch nur einmal.

Innerhalb der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung öffentliche Parkfläche sind an geeigneten Stellen mindestens 3 großkronige Bäume zu pflanzen.

Innerhalb der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind überwiegend folgende Gehölzarten zu verwenden:

- | | |
|---------------------|--------------------|
| Acer campestre | - Feldahorn |
| Acer platanoides | - Spitzahorn |
| Acer pseudoplatanus | - Bergahorn |
| Alnus glutinosa | - Schwarzerei |
| Betula pendula | - Birke |
| Carpinus betulus | - Hainbuche |
| Cornus mas | - Kornelkirsche |
| Cornus sanguinea | - Roter Hartriegel |
| Corylus avellana | - Haselnuß |
| Fraxinus excelsior | - Eiche |
| Larix decidua | - Lärche |
| Ligustrum vulgare | - Liguster |
| Prunus avium | - Vogelkirsche |
| Prunus pedis | - Traubeneiche |
| Prunus spinosa | - Schlehe |
| Quercus robur | - Stieleiche |
| Sorbus aucuparia | - Eberesche |
| Tilia cordata | - Winterlinde |

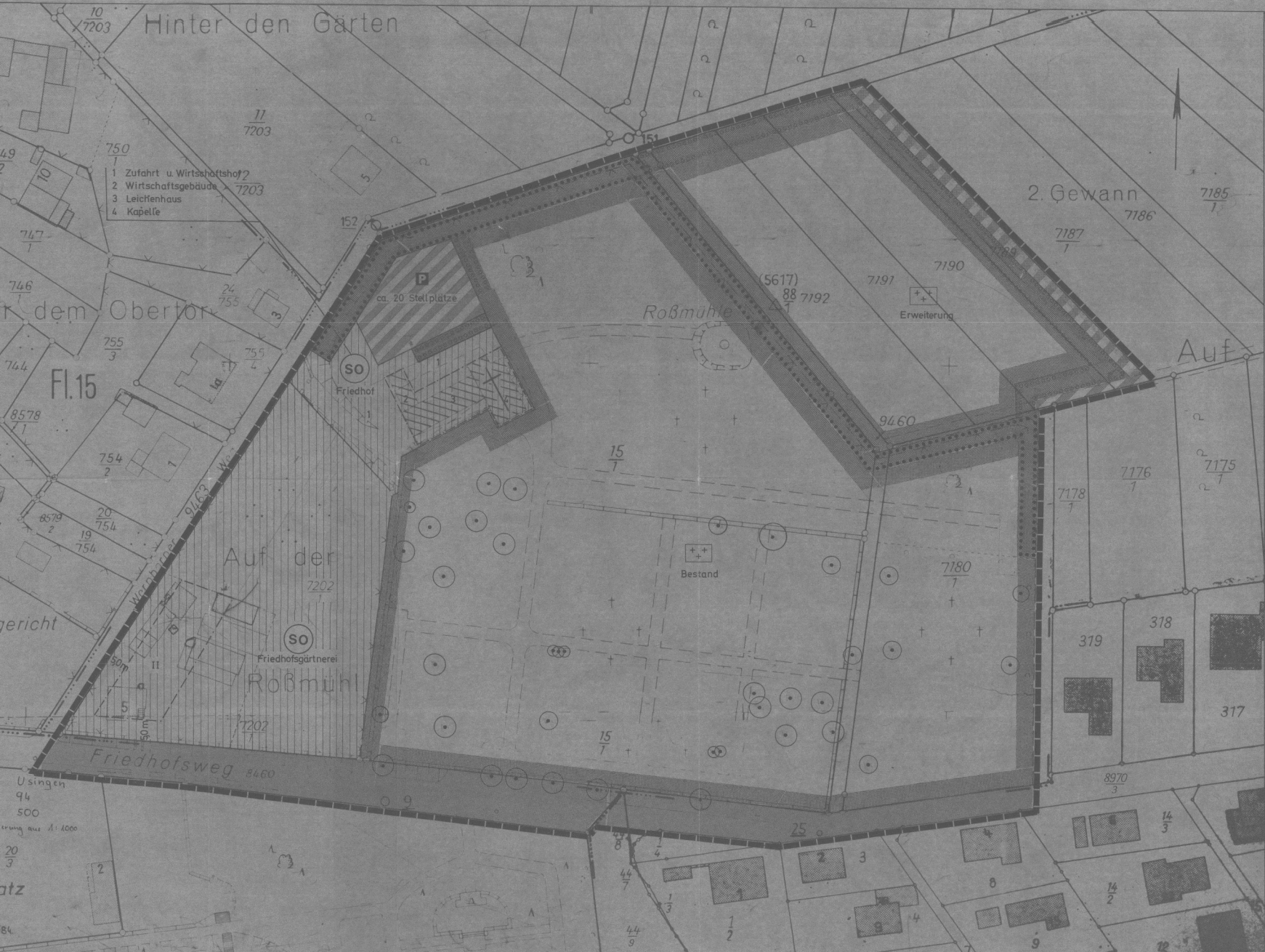
Innerhalb der als öffentliche Grünfläche - Zweckbestimmung Friedhof - Erweiterung festgesetzten Fläche sind mehrere großkronige Bäume aus der vorstehenden Liste zu pflanzen.

Die Befestigung der Wege und Platzflächen darf nur mit wasserdrilligen Materialien (z.B. Pflaster, wassergebundene Decke und anderes) erfolgen.











HINWEISE

Diesem Bebauungsplan liegen folgende Rechtsvorschriften zugrunde:

1. Bundesbaugesetz (BBauG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.08.76 (BGBl. I S.2256, ber. S.2617) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebau vom 06.07.79 (BGBl. I S.490).
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung-BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 15.09.79 (BGBl. I S.1763).
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plinhalts (Planzeicherverordnung 1981-PlanZV 81) vom 30.07.81 (BGBl. I S.833).
4. Hessische Bauordnung (HBO) i.d.F. vom 16.12.77 (GVBl. 1978 I S.2) zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.79 (GVBl. I S.179).
5. Verordnung über die Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan vom 28.01.77 (GVBl. I S.102).
6. Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz - HNetSchG) vom 19.09.80 (GVBl. I S.309).
7. Nationaler Raumordnungplan für die Planungsregion Untermain-Sächlicher Teil (NRP) festgesetzt am 28.11.76, bekanntgegeben im Staatsanzeiger für das Land Hessen 25/79 S.1286.
8. Gemeinsamer Erlass des Hessischen Ministers für Landwirtschaft, Umwelt, Landschaftspflege und Forsten und des Hessischen Ministers des Innern vom 12.10.1982 über die Aufstellung von Landschaftsplanen nach § 4 Hessisches Naturschutzgesetz (HNetSchG).



PLANZEICHEN FÜR DEN BEBAUUNGSPLAN FRIEDHOF USINGEN

-  Sondergebiete (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BBauG und § 11 BauNVO)
- II** Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 9 Abs.1 Nr.1 BBauG und § 16 BauNVO)
-  Baugrenze (§ 9 Abs.1 Nr.1 BBauG und § 23 BauNVO)
-  Straßenverkehrsfläche (§ 9 Abs.1 Nr.11 BBauG)
-  Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Wirtschaftsweg (§ 9 Abs.1 Nr.11 BBauG)
-  Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Öffentliche Parkfläche (§ 9 Abs.1 Nr.11 BBauG)
-  Öffentliche Grünfläche Zweckbestimmung Friedhof (§ 9 Abs.1 Nr.15 BBauG)
-  Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern auf öffentlichen Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe a) BBauG)
-  Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern auf öffentlichen Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe b) BBauG)
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans (§ 9 Abs.1 BBauG)
-  Zu erhaltende Bäume (§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe b) BBauG)

Bebauungsplan der Stadt Usingen mit Landschaftsplan gem. § 4 HeNatG

FRIEDHOF USINGEN

TEL. ANWUNFT FRANK OTO KBA HTU
 AN 30.08.93
 1) BBAU D-PLAN AN 11.07.83 VOM RP
 GENEHMIGT
 2) BEWAUNGSPLAN B-PLAN NICHT QUALIFIZIERT
 GEN. § 34 10.2.

Entwurf
 3. Nov. 1986

M 1:500

Planverfasser:

THOMAS LEYSER Dipl. Ingenieur
 Freier Landschaftsarchitekt BDLA

Altkönigsstrasse 14 · 6390 Usingen · Tel. 06081-2076